

Kritik von Kronenbitter

Regionalverband berät über Entwurf des Bundesverkehrswegeplans

Der vergangene Woche veröffentlichte Entwurf des Bundesverkehrswegeplans 2030 (BVWP) beschäftigte die Mitglieder des regionalen Verwaltungs-, Wirtschafts- und Verkehrsausschusses auf ihrer Sitzung in Ebhausen. Dort äußerte Regionalrat Wolfgang Kronenbitter aus Horb harsche Kritik.

Horb/Kreis Freudenstadt. Die Verwaltung hatte nach der Veröffentlichung umgehend eine Auswertung des Entwurfs und eine Analyse der Auswirkungen auf die Projekte in der Region Nordschwarzwald vorgenommen. Diese erste Analyse war Gegenstand der Diskussion im Ausschuss unter der Leitung des Verbandsvorsitzenden, Bürgermeister Jürgen Kurz aus Niefern-Öschelbronn.

Deutlich wurde von den Mitgliedern, insbesondere von Regionalrat Wolfgang Kronenbitter von der Horber Stadtverwaltung, kritisiert, dass die Gäubahn Stuttgart – Horb – Singen – Zürich lediglich als „Vorhaben des Potentiellen Bedarfs eingestuft wurde. Für dieses Projekt, dessen erster Ausbauabschnitt Horb – Neckarhausen sich derzeit im Planfeststellungsverfahren befindet, müsse unbedingt die Einstufung in den Vordringlichen Bedarf gefordert werden, da ansonsten die schon seit langem mit der Schweiz vertraglich

vereinbarte deutlich kürzere Fahrzeit zwischen Stuttgart und Zürich auf sehr lange Sicht nicht erreicht werde und die Bedeutung der Strecke im Fernverkehr dadurch verloren ginge. Dies müsse unter allen Umständen verhindert werden.

Im Bereich Straße gibt es Bedauern und Kritik, dass gerade viele Projekte insbesondere im Mittelbereich Freudenstadt niedriger eingestuft wurden als noch im Fernstraßenbedarfsplan von 2004: Dies betrifft sowohl beide Äste des Tunnels in Freudenstadt, die nicht mehr im Vordringlichen Bedarf eingestuft sind. Aber auch die B 294, Ortsumfahrung Loßburg (nur noch im Weiteren Bedarf), und die B 463 Ortsumfahrung Bai-

ersbronn, die überhaupt nicht im BVWP-Entwurf enthalten ist. Letzteres Projekt hatte allerdings auch das Land Baden-Württemberg 2013 nicht an den Bund gemeldet. Auch die zu niedrige Einstufung der B 28-Umfahrung Horb-Hohenberg stieß auf Unverständnis.

Die Mitglieder des Ausschusses befürworteten die von Verbandsdirektor Dirk Büscher vorgeschlagene Vorgehensweise, nach der sich der Regionalverband nunmehr mit den in der Region betroffenen kommunalen Partnern und den Landkreisen abstimmen wird, um bis zum 2. Mai eine in der Region abgestimmte Stellungnahme an das Bundesverkehrsministerium abzufassen.

Gutachten zur Gäubahn stehen noch aus

Horbs Oberbürgermeister Peter Rosenberger war diese Woche zu einem Gespräch mit weiteren Vertretern des Interessenverbands Gäu-Neckar-Bodensee-Bahn im Verkehrsministerium in Stuttgart und hat dort auch über das weitere Vorgehen in Sachen Gäubahn gesprochen. „Unser vordringliches Ziel ist es, die Gäubahn in den Vordringlichen Bedarf zu bekommen“,

sagt Rosenberger. Bislang ist der zweispurige Ausbau auf Teilen der Bahnstrecke zwischen Horb und Singen im sogenannten Potentiellen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans gelistet. Rosenberger zufolge sehen die zuständigen Ministeriums-Mitarbeiter in Stuttgart den aktuellen Stand jedoch nicht dramatisch, da Land und Bund Guthaben in Auftrag gegeben haben, deren Ergebnisse im Früh-

sommer dieses Jahres kommen sollen. Erst dann soll sich entscheiden, in welcher Kategorie die Gäubahn gelistet wird. „Ich gehe davon aus, dass die Gäubahn drinnen bleibt“, sagt Rosenberger. Dennoch haben die Verbands-Vertreter beschlossen, Stellungnahmen zu verfassen; und zwar jeder für sich. „Damit da auch ein bisschen mehr Post ins Haus kommt“, sagt Rosenberger.